



Tarifrunde 2021 mit der TdL

Forderungen beschlossen

Nach einer eingehenden Diskussion zu den Forderungen der Tarifrunde 2021 mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB folgende Gesamtforderung beschlossen:

1. Erhöhung der Entgelte um 5 Prozent, mindestens 150 Euro pro Monat
2. Für die Auszubildenden eine Erhöhung der Vergütung um 100 Euro pro Monat und eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung
3. Laufzeit 12 Monate
4. Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie Versorgungsempfängerinnen und -empfänger der Länder und Kommunen.

In dieser Tarifrunde wird es wieder ein zähes Ringen um jeden Prozentpunkt und jede Verbesserung geben. Umso wichtiger ist es, Flagge zu zeigen und für unsere gemeinsamen Forderungen auf die Straße zu gehen. Wir dürfen die Arbeitgeber-Argumentation der immer leeren Kassen nicht hinnehmen.

„Es werden keine einfachen Verhandlungen. Die Arbeitgeber versuchen, das Eingruppierungsrecht zu beschneiden. Sie wollen den sogenannten Arbeitsvorgang dabei zum markanten Kernthema der Tarif- und Besoldungsrunde 2021 machen, betonte der GdP-Tarifexperte und stellvertretende Bundesvorsitzende René Klemmer anlässlich der Pressekonferenz zur Vorstellung der gemeinsamen Tarifforderung von ver.di, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), der IG Bauen, Agrar und Umwelt (IG BAU) und der Gewerkschaft der Polizei (GdP) am Donnerstag, den 26.8.21 in Berlin. Die GdP geht mit dem Motto „Erfolg schafft Freiraum“ in die diesjährige Tarifrunde. „Wir wollen für die Beschäftigten in der Polizei eine solide Einkommenserhöhung erreichen, die die Preissteigerungen ausgleicht, am Wirtschaftswachstum teilnimmt, die Binnenkonjunktur ankurbelt und Wertschätzung der Arbeitgeber ihren Beschäftigten gegenüber beweist.“

Erhebliche Verschlechterungen, beispielsweise bei Eingruppierungen künftiger Beschäftigter, womöglich sogar für bestehende Arbeitsverhältnisse, würden nicht hingenommen. Dies sei auch erforderlich, um öffentlichen Dienst für den jungen, qualifizierten Nachwuchs noch attraktiv zu halten, unterstrich Klemmer.

„Erfolg schafft Freiraum“